Politischer Wegweiser

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. - Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 11 — Halle, 16. März 1929 — 5. Jahrgang

Ungelöste Fragen

Das Kennzeichen dieser letzten Wochen ist die Verschleppung wichtiger Fragen, deren sofortige Lösung unbedingt erforderlich wäre, und die doch keine Antwort gefunden haben. Das ist in der inneren und äußeren Politik der Fall und trägt so wesentlich zu der allgemeinen Müdigkeit bei, die inverseits wiederum die Kräfte lähmt und erst recht durchgreifende Beschlüsse verhindert. Dr. Stresemann hat aus Genf kein nennenswertes Ergebnis mitgebracht. Dafür trifft ihn nicht der Vorwurf. Jeder andere an seiner Stelle hätte kaum mehr erreicht. Im Gegenteil. Ihm kamen noch die persönlichen Bezeichnungen zugute, die wenigstens die Unterhandlungen freundschaftlich gestalteten. In der Reparationsfrage bewegen wir uns nach wie vor im engsten Kreise, wobei die Gefahr einer Krise jeden Augenblick akut werden kann. Ihre Folgen sind auch für die innerdeutsche Lage unabsehbar. Und diese ist so gespannt wie nur irgenddenkbar. Die Deutsche Volkspartei hat es in Preußen für notwendig erachtet, für das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen ein Kabinett zu stimmen, in das sie vor kurzem eintreten wollte. Ein Verhalten, das eine Zusammenarbeit auf lange hinaus unmöglich macht. Im Reich arbeitet sie nicht geschickter. Sie verlangt, daß die Parteien der Koalition sich von vornherein darauf verpflichten, keine neuen Steuern zu bewilligen, ohne sagen zu können, wie das Defizit durch Abstriche beseitigt werden soll. Dieses Defizit bleibt als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, und Herr Hilferding wird uns in dieser Woche auch keinen Aufschluß darüber geben können, wie wir endlich zu einer geregelten Finanzgebarung gelangen. So stellt sich alles grau in grau dar. Vielleicht, daß ein glücklicher Zufall uns über die größten Schwierigkeiten hinwegbringt und wenigstens noch eine Atempause gewährt. Das ist das höchste, was wir erhoffen dürften. Und selbst das ist unwahrscheinlich. Man tut daher gut, sich auf das äußerste einzustellen.

Die Minderheitenfrage

Von den vielen Punkten der Tagesordnung, die für die Ratstagung in Genf aufgestellt war, hat nur einer allgemeines Interesse, die Minderheitenfrage. Es gab dabei einen in der Form diplomatisch gemilderten in der Sache selbst sehr scharfen Zusammenstoß zwischen dem polnischen Außenminister Zaleski und Dr. Stresemann. Der polnische Versuch, durch einen Antrag die Bestimmungen der Friedensverträge über die Minderheiten auf alle Völkerbundsstaaten anzuwenden, scheiterte von vornherein, woran niemand gezweifelt hatte. Sehr viel glücklicher sind wir auch nicht gewesen, obwohl man sich an einzelnen Stellen bemüht, so etwas wie einen Erfolg zu konstruieren. Man hat ein Kollegium von drei Männern eingesetzt, das alle Beschwerden dauernd prüfen soll. Das ist ein kleiner Fortschritt. Er wäre größer, wenn diese drei Männer anders ausgewählt worden wären, aber gerade hier hat Deutschland bei allen Bemühungen nicht mehr herausholen können. Das einzige Ergebnis von Belang ist die Tatsache, daß Bericht an die Vollversammlung erstattet werden wird, daß es also einmal darüber zu einer offenen Aussprache kommen muß. In dem Fall des verhafteten Deutschenführers Ulitz ist zunächst kein Beschluß gefaßt worden. Man will in das schwebende Verfahren nicht eingreifen und wartet das Urteil der polnischen Gerichtsbehörden ab. Stresemann hat durchblicken lassen, daß er zu ihnen nicht das mindeste Vertrauen hegt und offen erklärt, daß er gegebenenfalls die Angelegenheit noch einmal zur Sprache bringen wird. Es ist wenig, doch muß immer wieder gesagt werden, auch ein anderer hätte nicht mehr erreicht.

Die Genfer Unterhaltungen

Das Schwergewicht in der Völkerbundspolitik liegt nicht in der offiziellen Tagung, sondern in den Kulissengesprächen. Das ist immer bisher so gewesen und hat schon seine Vorteile. Es war auch diesmal nicht anders. Nur gestattete die allgemeine Lage keine Ergebnisse. Wir sind über die Einzelheiten nicht genügend unterrichtet, und was darüber namentlich in der französischen Presse verlautet, kann stimmen, muß es aber nicht. Wäre jedoch in einem Punkte ein Übereinkommen erzielt worden, so hätte man ganz bestimmt das der Welt in einem Kommuniqué kund und zu wissen getan. Daß eine solche Verlautbarung ausblieb, zwingt zu der Annahme, daß eben keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. Das trifft auch mit den Gerüchten zusammen. Wenn englische Blätter gut unterrichtet sind, so hat Chamberlain von sich aus die Frage der Rheinlandräumung angeschnitten. Bedingt wird diese Initiative durch die bevorstehenden englischen Wahlen, die für die konservative Partei an sich nicht sehr erfreulich sind, rechnet man doch in London allgemein damit, daß die Partei aus ihrer Mehrheit herausgedrängt wird, ohne daß es der Arbeiterpartei gelingt, das Heft fest in die Hand zu bekommen, so daß dann die Liberalen den Ausschlag geben werden. Unter diesen Umständen hätte es Chamberlain gern gesehen, wenn er wenigstens die Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein als Aktivum hätte buchen können. Voraussetzung ist aber für ihn, daß auch die Franzosen und Belgier das deutsche Gebiet verlassen. An sich ist man dazu in Paris und Brüssel vermutlich bereit, nur hat Briand wieder seine alte Bedingung hervorgeholt, daß ein Sicherheitskommitee spätere Konflikte entscheiden soll, während Deutschland zu dieser Kontrolle nur bis 1936 seine Zustimmung geben will, ihre Verewigung aber abgelehnt. Es klingt daher durchaus glaubhaft, daß Stresemann sich sehr kühl verhalten habe. Um diesen Preis darf er unter keinen Umständen die Befreiung der besetzten Gebiete einhandeln. Darin ist die Volksmeinung mit ihm einig.

Die Reparationskrise

Die Sachverständigenkonferenz ist dort angelangt, wo eine Entscheidung so oder so fallen muß. Zwei Fragen sind es, die heftige Widerstände auslösen. Die eine ist die Höhe der deutschen Jahresleistungen, die andere das sogenannte Clearinghaus. Ueber die Zahlen ist offiziell noch nichts gesagt worden, aber aus den unverbindlichen Äußerungen geht hervor, daß vorläufig eine Einigung in weitem Felde steht. Die Forderungen der Gläubiger sind mit dem deutschen Angebot überhaupt nicht zu vereinigen. Zwischen ihnen stehen die Amerikaner mit ihren Vorschlägen. Was bisher darüber verlautet, läßt alle Hoffnungen zusammenschrumpfen. Wenn die Franzosen von 72 Milliarden reden, so ist das ernsthaft gar nicht in Erwägung zu ziehen, aber selbst die englische Zahl von 48 entfernt sich von den Realitäten des Lebens derart, daß sie überhaupt nicht erörtert werden kann. Selbst der amerikanische Vorschlag ist untragbar. Ein Dr. Vögler nahestehendes Blatt hat diesen Vorschlag auf 33 Milliarden Goldmark beziffert. Das wären bei heutiger Verzinsung und Amortisation jährlich 3 Milliarden. Das ist die eine Seite, die andere ist die sogenannte Reparationsorganisation auf bankmäßiger Grundlage. An sich ein durchaus vernünftiger Vorschlag. Nur besteht für uns die Gefahr, daß die Sachlieferung, die gleichfalls dieser Bank unterstellt werden soll, zu einem Handelsobjekt werden, daß also unsere Gläubiger ihre Ansprüche an Sachlieferungen fremden Staaten verkaufen und damit dem deutschen Export jede Gewinnmöglichkeit nehmen. Gegen den Gedanken haben aber auch die Franzosen und Engländer Stellung genommen. Sie befürchten, daß ihre Stellung am Kapitalmarkt dadurch geschwächt wird, und daß wir überhaupt auf diesem Wege zu einer internationalen Finanzkontrolle kommen. So ist es durchaus begreiflich, daß ein ziemlicher Pessimismus herrscht. Man soll sich jedenfalls auf die Möglichkeit einer offenen Krise und einer Unterbrechung der Verhandlungen gefaßt machen. Aber selbst ein Kompromiß, wenn es wirklich zustande käme, könnte die deutsche innere Krise vollends verfeinen, denn es ist heute schon klar, daß dieses Kompromiß zum Kampfobjekt der Parteien werden würde.

Die parlamentarische Lage

Es ist beinahe als ein Vorteil anzusehen, daß der Reichstag nur wenige Sitzungen abhalten kann, ehe ihn das Osterfest zu einer längeren Pause zwingt. Erledigt werden sollen nur der Nachtragsetat für 1928 und der Notetat für 1929, sowie vermutlich ein Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung die Ausgabe von 500 Millionen Mark gestattet. Während anzunehmen ist, daß die ersten beiden Vorlagen verabschiedet werden, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß das Ermächtigungsgesetz der Ablehnung verfällt. Die Entscheidung darüber hängt vom Zentrum ab, da die deutsche Volkspartei sich unbekümmert um ihre beiden Minister im Oppositionswasser tummelt. Es ist sehr wohl denkbar, daß wir verhältnismäßig früh vor einer Entscheidung stehen. Trotzdem glauben wir, daß bei der Schwerfälligkeit der Parteien eine Hinauszögerung erfolgt. Im Grunde genommen wollen alle den Ausgang der Reparationsverhandlungen, mag er sein wie er will, abwarten, weil sie schon davon eine Krise befürchten. Die Frage ist jetzt lediglich, kommen wir im Mai zu einer Auflösung, oder wird man noch einmal einen Ausweg finden, um wenigstens die Sommermonate zu retten. Viel länger hält man bestimmt nicht aus, das kann man jetzt aus allen Lagern hören. Dabei ist Voraussetzung, daß nicht außerparlamentarische Eingriffe erfolgen, von denen gesagt die Rede ist. Die einzige Sicherung gegen sie ist eben die öffentliche Erwähnung. Leicht soll man sie im Lande draußen nicht nehmen. Es ist schon etwas daran, auch hier heißt es: Bereit sein ist alles.

Die Jugendbewegung

Wir haben schon vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß unter der sogenannten Kriegsgeneration, also unter den Leuten zwischen 25 und 45 eine starke Bewegung im Gange ist, um über den Marasmus der Gegenwart hinwegzukommen und vor allem eine Verjüngung in der Politik zu erzwingen. Inzwischen ist durch den Briefwechsel zwischen der Front 1929 in Berlin, zu der übrigens sehr viele Journalisten gehören und dem Jungdeutschen Orden schon der Umriß bekannt geworden. Das Programm wurde nur in kurzen Strichen angedeutet, es enthält in erster Linie eine Wahlrechtsreform mit der Rückkehr zu Einzelkreisen, wobei sehr stark an die relative Mehrheit nach englischem Muster und dem Ausgleich durch einen sehr beengten Proporz. Ferner gehört zu dem Programm eine Trennung der Politik und Wirtschaft, in dem man dem Reichswirtschaftsrat als zweiter Kammer einen großen Teil von Ausgaben überträgt, die an sich mit der Politik nicht das mindeste zu tun haben, wie etwa die Tarife der Eisenbahn und Post, ferner die erstens beiden Beratungen der Besoldungsvorlage usw., während die Entscheidung dem Reichstage verbleibt. Auch die übrigen Fragen sind bereits im wesentlichen geklärt, aber noch nicht eingehend verhandelt. Man will jetzt in erster Linie alles zusammenfassen, was in der gleichen Richtung steht, um allen Diktaturgelüsten zu begegnen und eine Wiedergeburt des Parlamentarismus zu ermöglichen. Das nisationen beigetreten, so daß sich hier schon ein erheblicher Ueberraschende ist der gewaltige Zustrom aus dem Lande. Von rechts bis links sind Vertreter aller möglichen Orga- Anhang gesammelt hat, der täglich zunimmt. Lemmer hat auf dem Vertretertage der Jungdemokraten in Weimar darüber bereits gesprochen. Auch Parteiführer verschiedener Lager haben ihre Zustimmung erklärt. Besonders bemerkenswert ist die Aufnahme in der Presse. Organe, wie die Kölnische Zeitung, das Hamburger Fremdenblatt, die Magdeburgische, die Deutsche Allgemeine Zeitung, der Berliner Börsen-Courier haben die Bewegung begrüßt, das Berliner Tageblatt und die Vossische haben sie als beachtlich bezeichnet. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, kann heute noch niemand sagen. Sie hängen zum Teil von den Vorgängen im Parlament und innerhalb der Parteien ab. Nicht richtig ist die Behauptung eines Blattes, wonach Stresemann der Drahtzieher ist. Das ist grundfalsch, wohl aber läßt sich annehmen, daß er sympathisiert, und daß er zur gegebenen Stunde die Folgerungen aus der Haltung seiner eigenen Fraktion ziehen wird.

Das Kabinett Poincare

Mit jener Zähigkeit, die ihm von jeher eigen gewesen ist, hat Poincare die zahlreichen Angriffe der letzten Tage in der Kammer zurückgeschlagen, ohne jedoch seine Stellung zu befestigen. Die Lage ähnelt sehr stark der deutschen. Wäre die Reparationsverhandlung nicht noch im Gange, so würde die Entscheidung vermutlich bereits gegen ihn gefallen sein. Es ist denkbar, daß auch die Opposition, die drüben wächst, sich solange geduldet, obwohl sie täglich einen Guerillakrieg führt. Kritisch kann jedoch die Aussprache über die Todesfälle am Rhein werden. Die französische Besatzung hat unter der Kälte unheimlich gelitten, wobei erschwerend hinzukommt, daß die Behörden völlig versagten. Nicht ausgeschlossen, daß hier der Generalangriff erfolgt. Das Schicksal des Kabinetts ist auch für uns bedeutungsvoll wegen der Reparationen. Ueberhaupt ist die internationale Lage völlig ungewiß, da im April nun noch die englischen Wahlen stattfinden, von deren Ausgang wiederum Rückwirkungen auch nach Frankreich spürbar werden müssen.

Richard May.

20000 künftige Studienräte

Ueber 20 000 reichsdeutsche Studierende (14 510 männliche und 5585 weibliche) gaben im Sommer 1928 an, Studienrat werden zu wollen, darunter mehr als 12 000 (8367 männliche und 3775 weibliche) in Preußen. Jeder vierte reichsdeutsche Universitätsstudent will Studienrat werden.

Die Zahl der preußischen Philologiestudierenden, die sich den Studienrat als Berufsziel setzt (12 142) ist annähernd so groß wie die sämtlicher festangestellten Philologen und Philologinnen an den öffentlichen höheren Schulen Preußens (14 157).

Von den genannten 12 000 künftigen Studienräten standen nicht weniger als 3172 (1998 männliche und 1174 weibliche) im ersten Semester.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19290316-12/fragment/page=0001

Bismarck und die Landesfürsten 1866

Aus unveröffentlichten Akten

Von der großen Friedrichsruher Ausgabe der „Gesammelten Werke Bismarcks", die der Otto Stollberg-Verlag, Berlin herausgibt, erscheint in den nächsten Tagen ein neuer, von Friedrich Thimme bearbeiteter Band „Politische Schriften". Mit einer Fülle bisher unveröffentlichten Materials bringt dieser Band neue und überraschende Aufschlüsse über das staatsmännische Wirken Bismarcks in den bewegten, der Reichsgründung vorangehenden Jahren 1866-1867.

Unter dem Material ist besonders beachtenswert die Instruktion für den Generaladjutanten Generalleutnant Freiherrn von Manteuffel, da hier die Grundzüge des innerdeutschen Friedensschlusses durch Bismarck bekanntgegeben wurden.

Am 8. August trat Generalleutnant Freiherr von Manteuffel seine neue Mission zu Kaiser Alexander, dem er einen eigenhändigen Brief König Wilhelms I. zu überbringen hatte, an. Seine Hauptaufgabe ging dahin, den russischen Kaiser, der an dem Schicksal der ihm nahe verwandten Fürstenhäuser von Württemberg, Hessen-Darmstadt und Oldenburg lebhaften Anteil nahm, über die von Preußen geplanten Annexionen zu beruhigen. Bismarck hatte am 7. selbst die Instruktion für den General entworfen, die die Absicht Preußens ganz offen enthüllte.

Berlin, den 7. August 1866.

„Wir verlangen Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. und Abtretung der Großherzoglich Hessischen Besitzungen nördlich vom Main gegen Entschädigung im Süden vom Main.

Wir befürchten Lockerung der Beziehungen zwischen dem Könige und dem Volke, Unsicherheit nicht nur in der monarchischen, sondern in jeder Ordnung in Deutschland, wenn wir einen die Erwartung der Nation täuschenden Frieden schließen. Daß die Erwartungen hoch gespannt sind, ist eine von uns selbst nicht vorgesehene Konsequenz der Schnelligkeit und Vollständigkeit unseres Sieges; dieser Konsequenz nicht Rechnung zu tragen, hieße die vitalen Interessen der preußischen Monarchie einem menschlich natürlichen, aber politisch unberechtigten persönlichen Gefühle opfern.

Vorstehendem Bedürfnis Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die Vergrößerung der Preußischen Monarchie auf direkterem Wege als demjenigen der Teilung der Hoheitsrechte über die nichtpreußischen Landesteile zur Anschauung zu bringen. Der ursprüngliche Plan war, die norddeutschen Fürsten, denen gegenüber der Krieg das Recht bloß gab, territorial bedeutend zu beschränken, daß das preußische Uebergewicht zweifelloser wurde wie bisher, dennoch von den größeren und selbständigen deutschen Territorien erhebliche Abtretungen an Preußen zu stipulieren und den Dynastien eine in allen Beziehungen, welche das Militärwesen nicht berühren, selbständige Existenz zu lassen. Die Stimmung der Bevölkerung widerspricht dieser Richtung mit großer Entschiedenheit. Die seit 50 Jahren bestehenden Gemeinden wollen lieber einverleibt als zerrissen werden. Diese Wahrnehmung führt dahin, Sachsen, Hannover und Kurhessen nicht zu teilen, sondern Sachsen bestehen zu lassen, Hannover und Kurhessen aber vollständig einzuverleiben. Die Erfahrungen des Monats Juni d. J., bei denen Preußen Gefahr lief, in einem Kriege, welcher über Preußens Existenz entscheiden mußte, die hannöversch-hessische Armee als Feind oder zweifelhaften Freund zwischen den preußischen Provinzen Sachsen und Westfalen im Rücken zu lassen, hat uns das Gesetz auferlegt, Preußen dieser Gefahr nicht wieder auszusetzen. Wir mußten daher, abgesehen von der entschlossenen Verwendung, welche Frankreich und Oesterreich für Sachsen einlegten, uns entschließen, Hannover und Hessen vollständig zu absorbieren, wenn wir nicht das Preußische Volk um die Früchte seiner mit Gefahr der Existenz jeder einzelnen Familie unter Gottes Beistand erworbenen Siege bringen und die gerechtesten Angriffe auf die Feigheit der Regierung im Vergleich mit der Tapferkeit des Volkes provozieren wollten.

Mit Darmstadt würde über Abtretung von Oberhessen verhandelt und mit Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Großherzoglich Hessischen Hauses mit dem Königlich Preußischen und Kaiserlich Russischen eine reichliche Entschädigung auf Kosten der süddeutschen Staaten stipuliert werden.

Sachsen würde nach dem Uebereinkommen, welches Oesterreich ursprünglich auf französischen Vorschlag adoptiert hat, dem Norddeutschen Bunde unter den Bedingungen angehören, welche teils die französisch-österreichischen Präliminarien, teils die von Preußen vor dem Kriege gestellten Reformvorschläge enthalten. Die preußische Militärgesetzgebung würde auf Sachsen Anwendung finden, die Rekrutierung für die preußische Armee in Sachsen stattfinden und die ausgehobenen Mannschaften dem Könige den Fahneneid leisten und preußische Truppen im Königreich Sachsen nach Belieben des Königs von Preußen garnisonieren.

Die mit Preußen verbündet gewesenen norddeutschen Staaten würden die Dispositionen über ihre Kontingente, welche von der preußischen Armee gesondert bleiben, mindestens in demselben Maße behalten, wie es bisher die mit Sachsen-Koburg bestandene Militärkonvention bestimmte.

Die Freien Städte behalten ihre Selbständigkeit nach Maßgabe der preußischen Bundesreformvorschläge, welche von ihnen im Prinzip akzeptiert worden sind.

Mit Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Oldenburg wird nach Maßgabe seiner bundesfreundlichen Bereitwilligkeit zum Anschlusse an Preußen und seiner Berechtigung an den Elbherzogtümern über eine beiden Teilen genehme Verständigung besonders verhandelt werden.

Von Württemberg werden, ebenso wie es mit Darmstadt der Fall, in Beachtung der Rücksichten, welche Seine Majestät der König den verwandtschaftlichen Beziehungen jederzeit zu gewähren bereit ist, territoriale Abtretungen nicht verlangt werden."

Bismarck.

Wenn der Kaiser kommt

Und er kam nicht!

In Max e von Bunsens schönem Buch „Im Ruderboot durch Deutschland" (erschienen 1913 bei S. Fischer, Berlin) finden wir folgende Stelle über die Vorbereitungen zu einem Kaiserbesuch, die für den Luxus der Kaiserzeit kennzeichnend ist:

„... Heute in vierzehn Tagen soll die Ankunft erfolgen, zwei Nächte dauert der Besuch, bereits jetzt arbeitet man Tag und Nacht in fieberhafter Eile. In Hörter wurden Brücken gestrichen, Wege gebahnt, ein etwas vorstehendes Haus wird niedergerissen, zwei Extrazüge haben bereits Möbel und Gerät aus Berlin gebracht, die Küche mußte erweitert werden, um die gewaltigen Kochherde hereinzulassen. Fünfunddreißig Tausend Mark sind allein für die postalischen und telegraphischen Neueinrichtungen angesetzt. Der Kaiserbesuch fiel aus!"

Harmloser Staatsanwalt

Bayerische Gerichtsbarkeit.

Der Gutspächter Wilhelm Stegmann in Schillingsfürst bei Ansbach hatte in einer Versammlung des Landbundes am 1. Januar in Rothenburg ob der Tauber folgende Ausführungen gemacht:

„Es wird die Zeit zum Kampf, der nicht im Parlament, sondern auf der Straße ausgefochten werden wird, kommen; hierbei würden auch die Kräfte der Mitglieder der Nationalsozialisten erwünscht sein!" Ferner: „Eine Besserung ist nicht möglich, diese kann nur ein Entscheidungskampf bringen, vielleicht schon 1929, wo wir Schulter an Schulter mit den Landbündlern kämpfen werden."

Auf eine Anzeige gegen Stegmann wegen Aufreizung zum Landesfriedensbruch und zum Aufruhr erfolgte von der Staatsanwaltschaft Ansbach folgender Bescheid: „Durch die auf Ihre Anzeige vom 10. 1. 1929 eingeleiteten Ermittlungen hat sich ergeben, daß Stegmann die zur Anzeige gebrachten Ausführungen, wenigstens dem Sinne nach, tatsächlich gemacht hat. Diese Aeußerungen enthalten aber noch keinen nach den Gesetzen strafbaren Tatbestand. Ich habe daher das Verfahren eingestellt."

Es fragt sich nur, ob man bei dieser Sachlage in dem Fall nicht richtiger von einer bayerischen Gerichts b a a r k e i t spricht. Zur Charakterisierung Stegmanns mag dienen, daß er schon vor zwei Jahren Bauern gegen das Finanzamt Rothenburg geführt hatte und dafür zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. S t e g m a n n s V a t e r ist O b e r r e g i e r u n g s r a t im M i n i s t e r i u m in M ü n c h e n!

Ein Tag des Reichskanzlers

Von Dr. v. Hagenow.

Ministerialdirektor in der Reichskanzlei.

Während zur Zeit Bismarcks das Arbeitszimmer im Erdgeschoß nach der Gartenseite lag, befindet sich seit der Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe das Arbeitszimmer des Reichskanzlers im ersten Stock, nach der Gartenseite gelegen. Die Ausstattung des Arbeitszimmers ist einfach. Beim Betreten des Raumes erblickt man einen großen schlichten Diplomatenschreibtisch, an dem sich die Tagesarbeit des Reichskanzlers vollzieht.

Der Arbeitstag des Reichskanzlers beginnt in frühen Morgenstunden.

Das Arbeitszimmer selbst betritt er in der Regel gegen neun Uhr. Bis dahin hat er bereits eine oder die andere Tageszeitung gelesen und sich ein Bild vom Stande der Presse gemacht. In der Zeit von 9—10 Uhr unterzieht der Reichskanzler die ihm vorgelegten Schriftstücke einer genauen Durchsicht und diktiert private oder dienstliche Schreiben, deren Bearbeitung er sich selbst vorbehalten hat.

Um 10 Uhr beginnen die Vorträge. Es erscheint der Staatssekretär in der Reichskanzlei, begleitet vom Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung und dem Ministerialdirektor in der Reichskanzlei. Zunächst berichtet der Leiter der Presseabteilung über den Inhalt der Tageszeitungen, indem er an Hand der Zeitungen aller Parteirichtungen die schwebenden politischen und außenpolitischen Fragen erörtert. Dieser Vortrag findet durch aufklärende Bemerkungen des Staatssekretärs seine Ergänzung. Dieser unterrichtet den Reichskanzler über die wichtigsten Eingänge, über die Geschehnisse der Tagespolitik, über die politischen und parlamentarischen Fragen und bespricht mit dem Reichskanzler die in den einzelnen Fragen zu treffenden Entschließungen. Da stehen Fragen der Außenpolitik zur Erörterung, da kommen Fragen der inneren Politik zur Sprache. Da ist auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine Entscheidung des Reichskanzlers einzuholen. Da muß in einer finanzpolitischen Frage die Entscheidung des Reichskanzlers herbeigeführt werden. Alle diese Entscheidungen bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung und eingehenden Ueberlegung, da sie stets die Fragen der großen Politik berühren und somit von weittragender Bedeutung sind. Der Vortrag findet meistens gegen 1/2 12 Uhr sein Ende, jetzt heißt es, die getroffenen Entscheidungen des Reichskanzlers zur Ausführung zu bringen. Das liegt der Reichskanzlei, dem Büro des Reichskanzlers, ob, an dessen Spitze der Staatssekretär steht. Dieser ist der nächste Berater des Kanzlers. Er muß die erforderliche Verbindung zum Reichstag und den politischen Parteien herstellen. Er muß Fühlung mit sämtlichen Reichsministern und Reichsministerien haben, um den Reichskanzler auf dem laufenden halten zu können.

In der Zeit von 1/2 12 Uhr an beginnen die Empfänge beim Reichskanzler. Es hat sich ein Reichsminister angemeldet, um den Reichskanzler zu unterrichten oder seine Stellungnahme zu wichtigen Fragen einzuholen. Es melden sich Vertreter der Industrie, der Bankwelt, der Landwirtschaft, Bevollmächtigte der Länder im Reichsrat sowie führende Männer aus Kunst und Wissenschaft, um den Reichskanzler zu informieren, es erscheinen Vertreter der Arbeitnehmer, um dem Reichskanzler ihre Wünsche zu unterbreiten. Es wünschen Reichstagsabgeordnete den Reichskanzler zu sprechen, um mit ihm politische Tagesereignisse zu erörtern.

An manchen Tagen macht ein neuangekommener Vertreter einer fremden Macht auch Besuch, um sich dem Reichskanzler vorzustellen. Mitunter begibt sich der Reichskanzler in den Vormittagsstunden zum Reichspräsidenten, sofern politische Fragen zur Erörterung stehen, die eine Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten angezeigt erscheinen lassen.

Gegen zwei Uhr nimmt der Reichskanzler regelmäßig das Mittagessen ein. Nach einer kurzen Ruhepause wird die Arbeit gegen vier Uhr wieder aufgenommen. Soweit vorgesehene Empfänge in den Vormittagsstunden nicht erledigt werden konnten, finden sie in den Nachmittagsstunden ihre Fortsetzung. In den Spätnachmittagsstunden begibt sich regelmäßig der Staatssekretär nochmals zum Reichskanzler, um politische Fragen, die im Laufe des Tages aufgetaucht sind, zum Vortrag zu bringen. Will der Reichskanzler mit den Berliner Vertretern der ausländischen Presse Fühlung nehmen, so benutzt er die von der Presse-Abteilung der Reichsregierung veranstalteten Freitag-Nachmittagstees, die an jedem Freitag in den Empfangsräumen des Auswärtigen Amtes am Wilhelmplatz stattfinden, und einem geselligen Gedankenaustausch mit den ausländischen Journalisten dienen. Dem Leiter der Presseabteilung liegt es dann ob, dem Reichskanzler die einzelnen Pressevertreter vorzustellen, die nunmehr die Gelegenheit benutzen, Fragen an den Reichskanzler zu richten.

In den Abendstunden erledigt der Reichskanzler die ihm im Laufe des Tages vorgelegten Schriftstücke, unterzieht bei ihm eingelaufene Eingänge einer eingehenden Prüfung und bereitet sich auf wichtige Sitzungen und Besprechungen oder Sitzungen der Reichsregierung, die sogenannten Kabinettssitzungen, die unter seinem Vorsitz stattfinden sollen, vor.

Der an und für sich schon stark ausgefüllte Arbeitstag des Reichskanzlers erfährt weiterhin eine starke Belastung durch Ministerbesprechungen oder Sitzungen der Reichsregierung, die sog. Kabinettssitzungen, die unter seinem Vorsitz stattfinden. Soweit nicht Ferienzeit ist, tritt das Kabinett zwei- bis dreimal in der Woche zu Sitzungen zusammen. Diese werden in der Regel in den Nachmittagsstunden im Reichskanzlerhause abgehalten und dauern regelmäßig bis in die Abendstunden hinein. Bei Zusammensein des Reichstages finden die Sitzungen öfter im Reichstagsgebäude statt, da den Reichsministern bei ihrer parlamentarischen Arbeitslast vielfach ein Verlassen des Reichstagsgebäudes nicht möglich ist.

Während der Tagung des Reichstags verstärkt sich natürlich die Arbeitslast des Reichskanzlers in erheblichem Maße. Der Reichskanzler muß nämlich häufig den Plenarsitzungen des Reichstages beiwohnen — der Reichstag kann sogar seine Anwesenheit verlangen —. Der Reichskanzler hat zuweilen eine politische Rede im Plenum des Reichstages zu halten. Handelt es sich um eine Sitzungen des Reichstages zu halten. Handelt es sich um eine Programmrede, sogenannte Regierungserklärung, so bedarf es dazu eingehender sorgfältiger Vorbereitung. Der Inhalt der Rede wird vom Reichskanzler, vielfach nach Fühlungnahme mit den Ministern, festgelegt und ausgearbeitet. Darüber hinaus finden in der Tagungszeit des Reichstages in den Vormittags- bzw. Nachmittagsstunden zur Klärung politischer Fragen häufig Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern und Abgeordneten statt. Die Inanspruchnahme des Reichskanzlers durch das Parlament zwingt ihn, in der Tagungszeit des Reichstages zu gewissen Tagesstunden seine Arbeitsstätte von der Wilhelmstraße in den Reichstag, wo ihm ein besonderes Arbeitszimmer zur Verfügung steht, zu verlegen.

Im Winter nehmen in den Abendstunden die Repräsentationspflichten den Reichskanzler besonders in Anspruch. Er muß an einem Essen, das ein Botschafter gibt, teilnehmen. Er muß sich auf den parlamentarischen Bierabenden zeigen. Er muß bei Abendveranstaltungen der Presse anwesend sein, um die Verbindung mit den Vertretern der Presse zu pflegen. Oftmals findet auch beim Reichskanzler selbst in den Repräsentationsräumen des Reichskanzlerhauses eine gesellige Zusammenkunft oder eine größere festliche Veranstaltung statt.

Groß und verantwortungsvoll sind die Aufgaben, die dem Reichskanzler obliegen. Eine Fülle hochpolitischer Fragen beschäftigen ihn an seinem Arbeitstag, und ein großes Maß an Zeit und Arbeitskraft ist erforderlich, um allen Ansprüchen dienstlicher und repräsentativer Art nur einigermaßen gerecht werden zu können. Der umfangreiche Arbeitstag endet demgemäß auch erst in den späten Abendstunden, man möchte beinahe sagen: in den Nachtstunden.

An der Stätte, an der der Reichskanzler arbeitet, haben zwar im Laufe der Zeiten die Aufgaben gewechselt, dies aber hat nichts daran geändert, daß an der Arbeitsstätte des Reichskanzlers stets der Geist gewissenhaftester Pflichterfüllung und sachlicher Arbeit zum Segen des Vaterlandes geherrscht hat. Im Reichskanzlerhause hat immer als höchste Richtschnur des Handelns der feste Wille gegolten, einer gesunden Entwicklung von Volk und Staat zu dienen.

(Aus: „Der Heimatdienst".)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19290316-12/fragment/page=0002

Demokraten und Innungskrankenkassen

Aus der preußischen demokratischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:

In der Presse der Rechtsparteien werden jetzt gegen die preußische Landtagsfraktion der Demokratischen Partei Anklagen erhoben, daß diese Partei mit den Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam auf die Vernichtung der Innungskrankenkassen hinarbeitet. Diese Angriffe sind vollständig falsch, wie sich aus folgendem ergibt.

Im Preußischen Landtag hatte die Sozialdemokratische Partei einen Antrag gestellt, wonach das Staatsministerium in Gemeinschaft mit der Reichsregierung die Neubildung von Innungskrankenkassen mit allen Mitteln verhindern soll. Die Wirtschaftspartei des Mittelstandes hat kurze Zeit darauf beantragt, daß das Staatsministerium die Errichtung von Innungskrankenkassen mit allen Mitteln fördern solle. Der demokratische Vertreter hat im Bevölkerungsausschuß, dem diese Anträge unterbreitet worden sind, sich gegen beide Anträge ausgesprochen, und zwar gegen den Antrag der Sozialdemokraten deshalb, weil die Innungskrankenkassen reichsgesetzlich zugelassen seien und man aus diesem Grunde schon die Bildung neuer Innungskrankenkassen nicht verhindern könne. Ebenso ist es auch unmöglich, von der Staatsregierung zu verlangen, daß sie die Errichtung von Innungskrankenkassen mit allen Mitteln fördern soll. Das würde bedeuten, eine besondere Gruppe von Krankenkassen gegenüber allen anderen Krankenkasseneinrichtungen herauszuheben und besonders zu schützen.

Deshalb ist der Antrag im Bevölkerungsausschuß eingebracht worden, so daß die Genehmigung zur Errichtung von Krankenkassen nur dann erfolgen solle, wenn diese Kassen über eine gnügende Zahl von Mitgliedern verfügen und die Sicherheit gegeben ist, daß diese Kassen auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen in der Lage sind. Die Errichtung von neuen Kassen aller Art soll nur dann erfolgen, wenn die volljährig Versicherten der Neugründung zustimmen. Dieser Antrag ist im Bevölkerungsausschuß auch mit den Stimmen eines Teiles der Zentrumsvertreter angenommen worden. Er unterliegt nun noch der Beschlußfassung durch das Plenum. Die Begründung zu diesem Antrag ist sehr einfach. Es haben sich verschiedentlich kleine Innungskrankenkassen aufgetan, deren Leistungsunfähigkeit sich vollständig klar ergibt. Im Landkreise Münster in Westfalen sind vor zwei Jahren 11 Innungskrankenkassen entstanden, von denen ein großer Teil nicht so viel großjährige Versicherte aufweist, um den Vorstand bilden zu können. Darunter sind drei Schuhmacherinnungskrankenkassen, von denen zwei nur je zwei volljährige versicherte Mitglieder besitzen. Eine sogar nur ein volljähriges Mitglied. Die gesamte Mitgliederzahl dieser einen Kasse beträgt die geringe Mitgliederziffer von 16. Daß man damit keine Versicherungseinrichtung schaffen kann, ist klar. Dazu kommt aber weiter noch, daß an anderen Orten sogenannte Innungskrankenkassen gebildet worden sind, die man als Innungskrankenkassen überhaupt nicht bezeichnen kann. Ein Beispiel dafür ist die Krankenkasse der Innung der Kaufmannschaft in Düren, zu der nicht nur Lumpenhandlungen, sondern auch Weinrestaurants und Weinhandlungen und das Warenhaus Tietz gehören. Das ist keine Innungskrankenkasse mehr, sondern das ist Kassen. Gegen diese mißbräuchliche Anwendung der Innungskrankenkassen wendet sich der vorbezeichnete Antrag. Und wenn weiter verlangt wird, daß die Versicherten bei der Neuerrichtung von Krankenkassen ein Wort mitzureden haben sollen, so entspricht das wesentlich dem Grundsatz der gleichen Rechte und gleichen Pflichten. Man kann den Versicherten nicht zumuten, daß sie sich ohne ihren Willen in eine andere Versicherung verschieben lassen sollen, wenn sie jahrelang Mitglied der allgemeinen Ortskrankenkasse gewesen sind und die Vorteile kennen. die eine große Leistungsfähige Kasse gegenüber einer kleinen leistungsunfähigen zu bieten vermag.

Es ergibt sich hieraus mit aller Klarheit, daß man in der Deutschen Demokratischen Partei gar nicht daran denkt, die Innungskrankenkassen zu vernichten, sondern es handelt sich darum, dem groben Unfug zu steuern, der mit der Errichtung kleinster und leistungsunfähiger Kassengebilde begangen wird. Der Zweck der Krankenversicherung liegt nicht darin, daß der Kranke geheilt wird, sondern auch darin, daß vorbeugende Maßnahmen gegen Krankheitserscheinungen in die Hand genommen werden. Das können die kleineren Kassen nicht tun, deren Mitgliederzahl noch nicht einmal an die Zahl der Mitglieder eines gewöhnlichen Kegelklubs heranreicht. Es liegt somit im Interesse der Versicherten, dafür einzutreten, daß die Krankenversicherung leistungsfähig bleibt und daß auch den Versicherten Gelegenheit gegeben werden muß, bei der Errichtung neuer Kassen ein Wort mitzureden.

Artikel 48

Minister oder Ministerräte?

Ein Zeichen für unsere noch unfertigen staatlichen Verhältnisse bietet das Schicksal des Artikels 48 der Reichsverfassung, in dem gesagt wird, daß der Reichspräsident, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen kann, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht. Dieser Artikel 48 enthält alsdann einen Zusatz, welcher folgenden Wortlaut hat: Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Dieses Reichsgesetz ist aber in zehn Jahren nicht zustandegekommen, und zwar vor allem deshalb nicht, weil einmal zwischen den Reichsressorts und zwar zwischen dem Reichsministerium des Innern, das den bürgerlichen, und zwischen dem Reichswehrministerium, das den militärischen Standpunkt vertritt, keine Einigung zu erzielen war. Dazu kamen noch die schweren Differenzen mit den Ländern. So konnte es geschehen, daß diese Formulierungen des Artikels 48, die erst durch ein Ausführungsgesetz völlig klar gestellt werden sollten, denjenigen, die sich am Diktaturgerede nicht genug tun konnten, eine willkommene Gelegenheit bot. So hat es die gewagtesten Rechtskonstruktionen gegeben, und selbst Richter haben sich in die Nähe des Artikels 48 gewagt und Meinungen geäußert, die dem Staate nicht gut getan haben.

Von diesem Artikel 48 und von einem Ermächtigungsgesetz wird auch in diesen Tagen viel gesprochen, weil sich gezeigt hat, daß einmal überspannte Wünsche einzelner Parteien und zweitens Unfähigkeit von Parteiunterhändlern eine Situation heraufbeschworen haben, die auf die Dauer nicht ertragen werden kann, und die jedenfalls jetzt schon im Reiche dazu führte, daß eine Abstinenz-Bewegung gegen die politischen Parteien zu verzeichnen ist, die die Gefahr in sich birgt, daß die politischen Willensentscheidungen in Zukunft noch unklarer werden.

Das eine muß man offen sagen, daß die Ereignisse der letzten Wochen gesundenes Fressen für die Opposition hätten sein müssen, wenn diese Opposition innerlich stark und kraftvoll wäre. Aber das ist sie weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Die Kommunisten zerfallen in soviel Gruppen, daß kein Mensch sich zwischen diesen Gruppen zurechtfinden kann. Für die Völkischen gilt das gleiche, und die Deutschnationalen sind innerlich gelähmt. Man hat sich soviel von Herrn Hugenberg versprochen. Was aber ist Herr Hugenberg? Doch nichts anderes als ein Bürokrat, ein Geheimer Finanzrat, und das ist doch wohl nicht das Holz, aus dem die Diktatoren geschnitzt werden, wie man sie sich bei uns vorstellt.

Auf wessen Schultern kann eine Diktatur ruhen? Glaubt denn jemand im Ernst, daß etwa die Herren Seldte und Düsterberg mit ihrem Stahlhelm sogenannte deutsche Führer seien? Nein, der Diktator ist bisher nicht sichtbar geworden und die Kräfte, die ihn stützen können, sind es ebenfalls nicht.

Und doch — eine Diktatur ist im Werden. Nicht durch Putsche, nicht durch illegale Aktionen, sondern sie ist eigentlich seit langem still gewachsen. Sie hat immer mehr Macht bekommen, und sie wird weiter an Macht gewinnen, wenn wir nicht bald dazu kommen, die Krankheiten, die mit unserem gegenwärtigen Parteiensystem zusammenhängen, zu überwinden. Diese Diktatur, die im Entstehen ist, das ist die Diktatur der Bürokratie, die Diktatur der Ministerialräte. Das sind die Bleibenden, während ein Kampf um Ministersessel geführt wird. Das sind diejenigen, die die Macht in den Händen haben, die die Entscheidungen so vorbereiten, daß sie nur so getroffen werden können, wie sie es wünschen. Man verkenne doch nicht die tatsächlichen Verhältnisse: Ehe sich heute ein Minister wirklich in sein Amt eingearbeitet hat, braucht er, wenn er schnell arbeitet, ein halbes Jahr. Dann kann er Herr über seine Ministerialräte werden und dann hat er noch Widerstände genug zu überwinden. Nicht daß diese Ministerialräte alle illoyal und antirepublikanisch wären. Nein, das soll gar nicht behauptet werden. Aber sie wollen ihre Entscheidungen, die manchmal durchaus brauchbar sind, die aber immer die eine Tendenz zeigen, die Macht der Bürokratie zu stärken. Der Volksvertreter ist der natürliche Gegenspieler der Bürokratie. Aber die Volksvertretung begibt sich dieser Machtmittel. Was ist z. B. heute eine Etatberatung und was war sie früher, wo bis in die dunkelsten Winkel der Ministerien geleuchtet wurde? Hier muß sich noch sehr viel bessern, und hier haben die Parlamentarier noch sehr viel zu tun, bis der Zustand wieder hergestellt wird, der notwendig ist.

Glaubt man denn, daß die Bürokratie einen unerhörten Respekt gegenüber dem Parlament aufbringt, wenn die Herren, die doch keine Dummköpfe sind, sehen, wie z. B. im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages von den Sozialdemokraten Agitationsanträge gestellt sind, die einfach nicht tragbar sind? Nein, die Ministerialräte arbeiten schon sachlich. Aber sie sichern die Stellung der Bürokratie. Sie schaffen die Aufsichtsinstanzen. Sie wenden sich gegen die gleichberechtigte Mitwirkung des Volkes. So entsteht dann die Diktatur, nicht eines einzelnen Menschen, sondern die Diktatur der Paragraphen und Verordnungen. Daß aber dieser Zustand für die Entwicklung unseres Volkes, für die Entwicklung zur Freiheit wünschenswert ist, das kann doch niemand behaupten. Und deshalb ist es notwendig, den Ministerialräten die Macht aus den Händen zu nehmen und sie den Ministern zu geben.

Mutter starb . . .

Ein Kinderschicksal.

Von Peter Martin Lampel.

In der deutschen Oeffentlichkeit ist eine lebhafte Erörterung entstanden über ein Bühnenstück und ein Buch von Peter Martin Lampel. Dieses Buch heißt „Jungen in Not", J. M. Spaeth Verlag, Berlin, und enthält Berichte von Fürsorgezöglingen. In der von Anton Erkelenz herausgegebenen „Hilfe" wird zu dem Buch gesagt:

„Die Jugendämter haben mit Entrüstung erklärt, daß die Verhältnisse nicht so sind, wie Lampel sie geschildert hat, der als Hospitent in einer Fürsorgeanstalt war und auch in einem Prosabuch „Jungen in Not" darüber berichtet hat. Aber was eine Behörde verordnen, beobachten, feststellen kann, ist immer sehr viel weniger, als was ein Dichter sieht, der nicht mit Begriffen, sondern mit Menschen lebt. Dies ohnmächtige Leiden der Schwachen, die skrupellose Brutalität der Stärkeren, die stumpfe Trägheit der Beamten, der bequeme Phrasenrausch der Beamten, das ist alles in Lampels Darstellung zu echt, zu sicher verankert im Menschlichen, um nicht in letzter Instanz die Wahrheit für sich zu haben."

In den Streit, wie das immer geht, haben sich auch Leute eingemischt, die geurteilt haben, ehe sie wußten, um was es sich handelt. Wie Peter Martin Lampel die Kinderschicksale aufgezeichnet hat, das geht aus der Darstellung des Schmiedelehrlings Alfred Sch. hervor. Dieser Schmiedelehrling, der in der Fürsorge war, erzählt:

Vier Jahre nach meiner Geburt starb meine Mutter.

Bis ich soweit war, daß ich zur Schule ging, hatte ich sehr schlechtes Leben gehabt, weil mir die Mutter gefehlt hat. Wo ich meine zweite Mutter bekommen hatte, da dachte ich, daß es besser würde, aber das war nicht der Fall.

Wenn ich mittags aus der Schule kam, mußte ich mich gleich hinsetzen und mußte meine Schularbeiten machen. Sowie ich eine Zahl falsch geschrieben habe, bekam ich gleich eine Ohrfeige, daß mir der Schädel gebrummt hat. Da verging mir schon die Lust, weiter zu arbeiten, und sie sagte:

„Laß mal erst Vatern am Abend kommen und sich die Arbeit ansehen, dann gibt es wieder was."

Als ich meine Arbeiten fertig gemacht habe, da habe ich schnell Mittagbrot gegessen, das war manchmal vier Uhr. Und da mußte ich schnell die Gänge besorgen.

Manmal hatte sie mir zu wenig Geld gegeben, wenn ich es aber gesagt habe, sagte sie nur:

„Geh mal, es stimmt schon."

Als ich zum Kaufmann hingekommen bin, und die Ware bekommen habe, sagte er auf einmal:

„Es fehlt noch Geld."

Da sagte ich:

„Mutter hat mir nicht mehr gegeben."

Er sagte, ich solle erst das andere Geld holen. Wie ich zu Hause gekommen bin, und ich das erzählt habe, hatte sie gesagt: ich hätte es verloren, oder ich hätte mich Bonbons für gekauft, wo es der Fall nicht war.

Und ich hatte gleich von meiner Mutter Schläge bekommen, und auf dem Abend gab es das Doppelte: Vom Himmel hoch da komm ich her.

Das ging ein paar Jahre so. bis sich die Bewohner des Hauses beschwört haben, daß ich immer so geschrien habe: wenn ich Dresche bekommen habe. Und ich kam bald nach der Fürsorge, wo ich es besser hatte, und das war 1918 auf Insel Rügen.

Dort hatte ich ja auch manchmal schlimme Stunden gehabt. Ich mußte im Winter Erde fahren bei 18—19 Grad Kälte ohne Handschuhe. Im ganzen ging es aber, da bin ich nachher in die Kartoffelschälküche gekommen. Dort war ich anderthalb Jahre gewesen, bis mich wieder meine Eltern zuhause geholt haben.

Aber ich hatte es nicht besser gehabt. Als ich eines schönen Tages in die Schule gegangen bin und wir bis um 12 Schule gehabt haben, hieß es auf einmal: Wir haben noch Gesang — aber die Jungen sagten, der Lehrer sei krank, und wir sind meist alle zuhause gegangen.

Aber ein paar Jungen sind noch dageblieben, und der Lehrer war auch nicht krank gewesen. Er hatte sich gleich alle aufgeschrieben, die dort zuhause gegangen sind.

Als ich am andern Morgen in die Schule gekommen bin, da frug mich gleich der Lehrer, wo ich gestern die letzte Stunde gewesen bin. Ich sagte:

„Ich bin zuhause gegangen."

Er antwortete mir: ich komme wieder nach der Fürsorge.

Als ich eines Tages in der Schule gesessen hatte, klopfte es auf einmal und der Lehrer sagte, ich sollte mal hinaus kommen. Da sah ich auf einmal einen Grünen vor mir stehen, und er sagte, ich solle mal mitkommen, und da gingen wir zur Poststraße nach der Fürsorge. Da wurde mir ein großer Zettel vorgelegt, wo lauter Anstalten drauf geschrieben waren, da sollte ich mich eine Anstalt aussuchen. Und ich nahm mir Struveshof, wo ich 1921 hinkam.

Als ich 1925 eingesegnet worden bin, bekam ich wieder das erste Mal Besuch. Ich bekam dann Lust, Schmied zu werden. Da bekam ich eine Schmiedestelle in Neumühl bei Küstrin.

Als ich zwei Tage da war, mußte ich den Pflug ziehen und wurde angeredet wie ein Stück Vieh.

Da gefiel mir die Stelle nicht mehr.

Ich schrieb ein Brief an Herrn Direktor, er soll mir 5 Mark schicken, daß ich wieder nach Struveshof fahren Da war ich vier Wochen, wo ich wieder abgefahren bin. Da bin ich zuhause hingefahren, und da haben mir die Eltern gleich wieder angeschmiert, warum ich wieder nicht dageblieben bin. Da sagte ich ihnen, sie sollen mal dahin gehen, wo sie wie ein Stück Vieh behandelt werden.

Ich bin gleich denselben Tag wieder abgefahren nach Struveshof hin. Da bin ich bei M. hingekommen. Dann blieb ich ein dreiviertel Jahr, wo ich die zweite Stelle in Glienick bei Zossen bekommen habe.

Dort hatte ich die ersten vier Wochen ganz gut. Aber nachher habe ich mehr auf dem Felde gesessen als in der Werkstatt.

Eines schönen Tages habe ich ihnen mal gefragt, ob ich hier als Knecht bin oder als Schmiedelehrling. Kaum hatte ich das Wort ausgesprochen, da hatte ich schon eine zu sitzen — das hielt ich ein dreiviertel Jahr aus, wo ich da ausgerückt bin und nach dem Spreewald gelaufen bin. Dort hat mich ein Gendarm festgenommen und mich wieder nach Struveshof gebracht, wo ich jetzt noch bin und hoffe, Oktober auszulernen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19290316-12/fragment/page=0003

Sechs sprechen für Sechzigtausend

Neben seiner großen Erhebung, die sich auf die Feststellung der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der deutschen Angestellten erstrecken soll, ließ der Gewerkschaftsbund der Angestellten seinen stellenlosen Mitgliedern einen Fragebogen zugehen, der den Zweck hatte, weitere Unterlagen für die schreiende Not der 150 000 stellenlosen Angestellten aufzubringen. Die Antworten auf die an die Stellenlosen gerichteten Fragen sind erschütternd; besonders sogenannte ältere Angestellte sind es, die verzweifelnd um ihre Zukunft ringen. Wir lassen hier einige Beispiele folgen, die einen Einblick in den Seelenzustand von rund 60 000 „älteren Angestellten" gestatten, die von von der Wirtschaft freiwillig nicht weiter beschäftigt oder nicht wieder eingestellt werden.

*

Buchhalter, 49 Jahre alt, 2 Jahre stellenlos; 17½ Jahr bei der letzten Firma; Gehalt 384 Mk., 5köpfige Familie. Ostern 1929 wird meine Tochter konfirmiert und zu gleicher Zeit kommt mein jüngster Sohn zur Schule. Wie soll ich die Ausgaben hierfür bestreiten?

*

38jährige Buchhalterin, Wohnung bei den 70jährigen Eltern, tägliche Beschäftigung: Führung des elterlichen Haushalts und Offerten schreiben ... Wenn ich nicht etwas finde, kann ich mich aufhängen. Zeugnisabschriften werden trotz höflicher Bitten nur in den seltensten Fällen zurückgeschickt

*

Maschinenmeister, 12½ Jahre bei der letzten Firma, damaliges Gehalt 315 Mk. Vor Jahresfrist entlassen infolge Einschränkung des Betriebes, 300 Mk. Schulden, Alter 57 Jahre, verheiratet, 21jährige Tochter, muß kranke Ehefrau pflegen.

*

Ein 35jähriger Reisender schreibt: Mit 35 Jahren ist der Angestellte zu alt. Es ist die ungeschriebene Antwort auf so manches Gesuch und die direkte Antwort auf dem Arbeitsamt.

*

37jähriger Ingenieur, verheiratet, 6 Kinder, im Alter von 1 bis 11 Jahren, 1800 Mk. Schulden. Zukunft sehr zweifelhaft, wenn nicht Staat und Kommunen mit bestem Beispiel vorangehen und ältere und kinderreiche Familienväter einstellen.

*

36jähriger Geschäftsführer, entlassen wegen Auflösung der Firma, 500 Mk. Schulden. Ich bewerbe mich dauernd um Stellung, doch ist es sehr schwer, schon in meinem Alter, einen Posten zu bekommen. Ich hoffe, daß die Regierung, resp. der Herr Arbeitsminister die Lage der älteren Angestellten baldigst erkennt, ehe es zu spät ist und Männer im blühendsten Alter untergehen müssen.

*

Was hast Du persönlich getan, um die Not von rund 150 000 Arbeitswilligen, verzweifelnden Menschen zu lindern und zu beseitigen? Wer sich nicht persönlich mit aller Kraft für diese seine Nächsten einsetzt, bleibt in Schuld gegenüber seinem Gewissen, seinen Mitmenschen und seinem Volk.

Spaltung der Kommunisten in Thüringen.

Von den acht kommunistischen Abgeordneten im thüringischen Landtag wurden vor kurzem zwei Mitglieder wegen fortdauernden Disziplinbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen weigerten sich, ihre Mandate niederzulegen, sie wurden vielmehr von der Mehrheit der Fraktion als Hospitanten aufgenommen. Daraufhin wurde jetzt von der engeren Bezirksleitung der Kommunistischen Partei diese Mehrheit ebenfalls ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen bilden nunmehr eine eigene Fraktion.

Zeitungsverbot.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das „Ostpreußische Tageblatt" in Insterburg auf die Dauer von vier Wochen vom 2. bis 29. März verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels über den Volkstrauertag, der eine grobe Beschimpfung der republikanischen Staatsform enthielt.

Bezirk Halle

Bezirksvertretertagung
der Deutschen Demokratischen Partei.

Halle. In Anwesenheit von Minister Dr. Schreiber fand am Sonntag, dem 10. März, in Halle eine von den Vertretern der Kreisorganisationen sehr gut besuchte Tagung statt. Die Verhandlungen, die der erste Vorsitzende, Direktor Renker, leitete, bewegten sich in der Hauptsache in Beratungen über die Durchführung von Organisationsbeschlüssen an Hand des Ergebnisses der von der Reichsparteileitung kürzlich veranlaßten Organisationskonferenz in Eisenach. Vor Eintritt in die Beratungen gab aber Minister Dr. Schreiber einen umfassenden Ueberblick über die Verhandlungen im Reich und in Preußen zur Umbildung der Kabinette auf der Grundlage einer großen Koalition. Das Scheitern der Verhandlungen sei durch kleinlichen Parteiegoismus herbeigeführt worden, der mit dem parlamentarischen Regierungssystem schlechterdings nichts mehr zu tun habe, es vielmehr in sein Gegenteil verzerre. Um bei den Verhandlungen wirklich zu einem positiven Ergebnis zu kommen, habe die Deutsche Demokratische Partei im Reich und in Preußen von vornherein keine Zweifel daran gelassen, daß sie zu Opfern bereit sei. Alles vergeblich. Der innerliche Widerstand der angeblich in die große Koalition hineinwollenden Parteien führte zwangsläufig zu dem nunmehr vorliegenden negativen Resultat. Der von der Deutschen Volkspartei im Reichstag eingebrachte Antrag, wonach ein Kabinett künftig nur mit ⅔ Mehrheit gestürzt werden könne, hielt Minister Dr. Schreiber schon deshalb für undurchführbar, da dann kein Kabinett in der Lage sein würde, ein Gesetz durchzubringen, also zu fruchtloser Tätigkeit verurteilt sei. — In eingehenden Darlegungen über unsere Wirtschaftslage warnt der Minister dringend vor jeder weiteren Aufnahme ausländischen Kapitals. — Zur Konkordatsfrage äußerte sich Minister Dr. Schreiber dahin, daß kein demokratischer Minister und kein demokratischer Abgeordneter seine Zustimmung zu einem Abschlusse geben werde, der die Staatshoheit oder die Schule in Mitleidenschaft ziehe. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Wahlkreisgeschäftsführer, Dornblüth, erstattete dann einen kurzen Tätigkeitsbericht, aus dem ein beträchtliches Vorwärtsgehen der Parteiorganisation ersichtlich war, und gab dann an Hand der Eisenacher Beschlüsse die zu ihrer Durchführung erforderlichen Erläuterungen. Nach eingehender Aussprache fanden diese Beschlüsse einmütige Zustimmung. In gleicher Weise wurde dem Plan auf Umänderung des von der Partei herausgegebenen Wochenblattes Zustimmung erteilt. Der nächste 8. ordentliche Wahlkreisparteitag soll am 11. und 12. Mai in Halle abgehalten werden. Er wird bei den Vortragsthemen auch auf die Wahlen für die Kommunen, die Kreistage und für den Provinziallanddag eingehen. Als offizieller Delegierter des Bezirksverbandes für den in Heidelberg in den Tagen vom 62. bis 28. April stattfindenden Reichsparteitag wurde Geschäftsführer Dornblüth bestimmt. Als Tagungsort der nächsten Bezirksvertretertagung wurde Weißenfels gewählt. Gegen 6 Uhr schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Tagung.

•

Sozialpolitische Groteske der Sozialdemokraten

Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags hat die Sozialdemokratie den Antrag gestellt, die Invaliditätsgrenze von 66⅔ v. H. auf 50 v. H. herunterzusetzen, die Witwenrente vom 65. Jahr auf das 60. herabzurauben und die Kinderrente vom 15. Lebensjahr bis zum 18. zu verlängern. Ebenso sollte der Grundbetrag bei der Rente erhöht werden.

Vom sozialen Gesichtspunkte aus wären solche Verbesserungen natürlich wünschenswert. Da dazu aber in erster Linie auch Geld gehört, so muß man auch den Rechenstift heranziehen, wofür wieder die vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissel vorgelegte Denkschrift über Leistungen und Stand der Invalidenversicherung als Unterlage dienen muß. In dieser weist der sozialdemokratische Minister selbst nach, daß die Invalidenversicherung vom Jahr 1933 ab schon bei ihren augenblicklichen Leistungen mit einem starken Defizit rechnen muß und daß besagter zusätzlicher Antrag die Invalidenversicherung mit einer jährlichen Mehrausgabe von rund einer Milliarde Mark belasten würde.

Diese Tatsache selbst scheint der sozialdemokratischen Partei keine Beklemmungen verursacht zu haben. Aber nun kommt die Groteske in ihrem weiteren Verhalten! Bei den Beratungen im Ausschuß stellten sich die Vertreter von zwei Regierungsparteien auf den Standpunkt, daß man dem von der Sozialdemokratie gestellten Antrage, wenngleich er auch stärkste Bedenken auslöse, zustimmen werde. Das schien die Vertreter der S.P.D. nicht erwartet zu haben, denn sie machten nunmehr allerlei Ausflüchte, der Antrag sei eigentlich gar kein Antrag, sondern nur „ein sozialpolitisches Ziel", ein Teil des sozialdemokratischen Programms. Und um der unangenehmen Frage, woher denn die Mittel zu ihrem Antrage kommen sollten zu begegnen, beantragten die sozialdemokratischen Vertreter eine Aufstockung neuer Lohnklassen in der Invalidenversicherung. Es sollten also auch höhere Löhne als bisher mit 36 Mark in Zukunft versicherungspflichtig werden.

Da mit dieser Heranziehung höherer Löhne auch automatisch eine Leistungssteigerung von 20. v. H. der eingezahlten Beiträge verbunden sein muß, würde an dem bedrohlichen Defizit also nichts geändert werden. Dieser Gedanke scheint den sozialdemokratischen Antragstellern wieder erst unter dem Einfluß ihres eigenen Ministers Wissel gekommen zu sein, der ihnen ihre versicherungstechnische Unkenntnis erst klar machen mußte. Sie verten nun selbst, um der Annahme ihres eigenen Antrages zu entgehen, Vertagung der ganzen Frage.

Die Moral von der Geschichte: Die Sozialdemokratie stellt sozialpolitische Verbesserungsanträge zum Fenster hinaus! Wird sie vor die Gefahr gestellt, daß derartige Anträge angenommen werden können, und die Verantwortung auf ihre Schultern gelegt wird, dann flieht sie schleunigst vor ihren eigenen Anträgen und bekundet damit, daß diese von ihr alles andere als ernst gemeint waren.

*

Halle. Dienstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im unteren Saale von Mars-la-tour, Gr. Ulrichstraße, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Krise des Parlamentarismus?. 2. Umwandlung der Stadtwerke in eine A.-G. 3. Aussprache. Alle Mitglieder werden dringend gebeten, sich für den Besuch dieser wichtigen Versammlung den vorgesehenen Versammlungsabend freizuhalten. Durch die genannten Referate sollen unsere Mitglieder mit den Vorgängen, die zum Scheitern der Umbildung der Kabinette im Reich und in Preußen führten, bekannt gemacht werden und gleichzeitig wird ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht über das die Bürgerschaft aufs stärkste berührende Magistratsvorhaben zu äußern. Dieses Magistratsvorhaben wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit die Stadtverordneten beschäftigen. Für unsere Stadtverordneten ist es wertvoll, vorher die Stimmung unserer Mitglieder kennen zu lernen. Die Bekanntmachung der Versammlung erfolgt diesmal durch Zusendung einer besonderen Einladung an alle Mitglieder.

Die Entschuldigung, man habe von dem Staatfinden der Versammlung nichts gewußt, fällt also fort.

Halle. Frauengruppe. Die Frauengruppe, die jetzt im März auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken kann, veranstaltet bei ihrer nächsten Zusammenkunft im Nicolaus am Freitag, dem 22. März, (nicht Donnerstag, wie sonst üblich), eine Lessing-Feier. Herr Studienrat Habe wird den Vortrag übernehmen. Alle Mitglieder und Freunde der Frauengruppe sind herzlich dazu eingeladen.

„Wie kann die Staatsbürgerin praktisch sozial arbeiten?"

Halle. Ueber dieses Thema sprach kürzlich Fräulein Dr. Raibgen in der demokratischen Frauengruppe. Die Rednerin wies darauf hin, daß gerade in Halle die ehrenamtliche Mithilfe der Frauen bei sozialer Arbeit gering wäre, verglichen mit ihren Leistungen in anderen Städten. Größtenteils läge das wohl an den politischen Gegensätzen, die sich in unserer Stadt besonders scharf ausprägten, wo Kampforganisationen von rechts und links einander bekämpften. Gerade die Frau aber wäre als Staatsbürgerin berufen, hier zu vermitteln und diese Gegensätze zu überbrücken. Wohl würde soziale Arbeit von kirchlichen und politischen Verbänden geleistet, sie umfasse aber nur einen begrenzten Teil der Aufgaben. Die öffentliche Fürsorge bedürfe dringend der ehrenamtlichen Mithilfe von Privatpersonen, vor allem von einsichtigen Frauen, die bereit wären, sich mütterlich hilfsbedürftigen Mitmenschen anzunehmen.

Die Rednerin erörterte dann eingehend die verschiedenen Arbeitsgebiete der sozialen Fürsorge und warb dringend um Hilfskräfte für die Jugendfürsorge, besonders um ihre Bereitstellung für Vormundschaft und Schutzaufsicht. Eine Reihe von demokratischen Frauen stellt sich daraufhin für soziale Arbeit zur Verfügung.

Eisleben. Am Sonnabend fand im Saale des Goldenen Schiffs die von der Deutschen demokratischen Partei veranstaltete Gedächtnisfeier für Carl Schurz, den deutschen Freiheitskämpfer, statt. Die im Mittelpunkte des Abend stehende Ansprache des Berufsschuldirektors Busse war eingerahmt von Klaviersolos, Rezitationen, Volksliedern und gemeinsamen Gesängen. Der Redner gab ein Bild des einzigartigen Schicksale dieses Mannes, der dem furchtbaren Geschick eines Fritz Reuter nur dadurch entgeht, daß er mit seinem Lehrer und Freund Rinkel nach England und 1852 nach Amerika flieht. In seiner neuen Heimat wirkt er im Sinne seiner Ideale. Von seinen Besuchen in Deutschland ist wohl der von 1868 der merkwürdigste. Er wurde von Bismarck persönlich empfangen, der ihn in seine geheimsten Pläne, den Krieg gegen Frankreich und die Einigung des Reiches, einweihte, um ihn für sich zu gewinnen. Der ehemals von der gesamten preußischen Polizei steckbrieflich verfolgte Revolutionär aber lehnte das Angebot ab. Nach einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik sang die Versammlung das Deutschlandlied.

Eisleben. Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe nahm Geschäftsbericht und Kassenbericht entgegen. Aus diesem geht hervor, daß trotz Reichs- und Landtagswahlen die Kasse mit einem Plus abschneidet und daß sich die Mitgliederzahl seit Mai v. J. verdoppelt hat. Für die geleistete Organisationsarbeit würde dem Vorstand der Dank ausgesprochen und gebeten, die Geschäfte auch im neuen Jahre zu übernehmen. Der bisherige Vorsitzende, Stadtv. Glein, wird also weiter den Vorsitz führen. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Mitglieder des Ortsvereins Eisleben der deutschen demokratischen Partei beglückwünschen die preußische Staatsregierung zu ihrem parlamentarischen Erfolg am 5. März. Annahme des Flaggengesetzes. Mit der Annahme des Flaggengesetzes ist ein gefährlicher Zündstoff aus der politischen Leben entfernt, mit dem bisher von den Rechtsparteien in fast unerhörter Weise Agitation getrieben worden ist. Durch das Verhalten der deutschen Volkspartei in dieser Frage sind, unsrer Ueberzeugung nach, weitere neue Koalitionsverhandlungen in Preußen unmöglich geworden."

Gräfenhainichen. Am Mittwoch, dem 6. März, sprach Parteisekretär Dr. Liebig in einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung über das Thema: „Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik". Eine lebhafte Aussprache schloß sich an. Der Vorsitzende, Herr Link, konnte zum Schluß feststellen, daß es in Gräfenhainichen wie überall in unserer Partei vorwärts geht.

Falkenberg. Am Freitag, dem 8. März, sprach Dr. Liebig über das Thema: „Parlamentarismus". In der folgenden Aussprache wurde allgemein die erfreuliche Haltung der demokratischen Fraktionen im Reichstag und im Landtag festgestellt. Es ist zu hoffen, daß auch die anderen Fraktionen aus der Haltung der Demokraten endlich lernen, was unter Parlamentarismus zu verstehen ist.

Der deutsche Rundfunk

— weitersagen!

ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Wenziger & Co., G. m. b. H., Dessau
Poststraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19290316-12/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. - Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 11 — Halle, 16. März 1929 — 5. Jahrgang

Ungelöste Fragen

Das Kennzeichen dieser letzten Wochen ist die Verschleppung wichtiger Fragen, deren sofortige Lösung unbedingt erforderlich wäre, und die doch keine Antwort gefunden haben. Das ist in der inneren und äußeren Politik der Fall und trägt so wesentlich zu der allgemeinen Müdigkeit bei, die innerseits wiederum die Kräfte lähmt und erst recht durchgreifende Beschlüsse verhindert. Dr. Stresemann hat aus Genf kein nennenswertes Ergebnis mitgebracht. Dafür trifft ihn nicht der Vorwurf. Jeder andere an seiner Stelle hätte kaum mehr erreicht. Im Gegenteil. Ihm kamen noch die persönlichen Beziehungen zugute, die wenigstens die Unterhandlungen freundschaftlich gestalteten. In der Reparationsfrage bewegen wir uns nach wie vor im engsten Kreise, wobei die Gefahr einer Krise jeden Augenblick akut werden kann. Ihre Folgen sind auch für die innerdeutsche Lage unabsehbar. Und diese ist so gespannt wie nur irgenddenkbar. Die Deutsche Volkspartei hat es in Preußen für notwendig erachtet, für das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen ein Kabinett zu stimmen, in das sie vor kurzem eintreten wollte. Ein Verhalten, das eine Zusammenarbeit auf lange hinaus unmöglich macht. Im Reich arbeitet sie nicht geschickter. Sie verlangt, daß die Parteien der Koalition sich von vornherein darauf verpflichten, keine neuen Steuern zu bewilligen, ohne sagen zu können, wie das Defizit durch Abstriche beseitigt werden soll. Dieses Defizit bleibt als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, und Herr Hilferding wird uns in dieser Woche auch keinen Aufschluß darüber geben können, wie wir endlich zu einer geregelten Finanzgebarung gelangen. So stellt sich alles grau in grau dar. Vielleicht, daß ein glücklicher Zufall uns über die größten Schwierigkeiten hinwegbringt und wenigstens noch eine Atempause gewährt. Das ist das höchste, was wir erhoffen dürften. Und selbst das ist unwahrscheinlich. Man tut daher gut, sich auf das äußerste einzustellen.

Die Minderheitenfrage

Von den vielen Punkten der Tagesordnung, die für die Ratstagung in Genf aufgestellt war, hat nur einer allgemeines Interesse, die Minderheitenfrage. Es gab dabei einen in der Form diplomatisch gemilderten in der Sache selbst sehr scharfen Zusammenstoß zwischen dem polnischen Außenminister Zaleski und Dr. Stresemann. Der polnische Versuch, durch einen Antrag die Bestimmungen der Friedensverträge über die Minderheiten auf alle Völkerbundsstaaten anzuwenden, scheiterte von vornherein, woran niemand gezweifelt hatte. Sehr viel glücklicher sind wir auch nicht gewesen, obwohl man sich an einzelnen Stellen bemüht, so etwas wie einen Erfolg zu konstruieren. Man hat ein Kollegium von drei Männern eingesetzt, das alle Beschwerden dauernd prüfen soll. Das ist ein kleiner Fortschritt. Er wäre größer, wenn diese drei Männer anders ausgewählt worden wären, aber gerade hier hat Deutschland bei allen Bemühungen nicht mehr herausholen können. Das einzige Ergebnis von Belang ist die Tatsache, daß Bericht an die Vollversammlung erstattet werden wird, daß es also einmal darüber zu einer offenen Aussprache kommen muß. In dem Fall des verhafteten Deutschenführers Uhlitz ist zunächst kein Beschluß gefaßt worden. Man will in das schwebende Verfahren nicht eingreifen und wartet das Urteil der polnischen Gerichtsbehörden ab. Stresemann hat durchblicken lassen, daß er zu ihnen nicht das mindeste Vertrauen hegt und offen erklärt, daß er gegebenenfalls die Angelegenheit noch einmal zur Sprache bringen wird. Es ist wenig, doch muß immer wieder gesagt werden, auch ein anderer hätte nicht mehr erreicht.

Die Genfer Unterhaltungen

Das Schwergewicht in der Völkerbundspolitik liegt nicht in der offiziellen Tagung, sondern in den Kulissengesprächen. Das ist immer bisher so gewesen und hat schon seine Vorteile. Es war auch diesmal nicht anders. Nur gestattete die allgemeine Lage keine Ergebnisse. Wir sind über die Einzelheiten nicht genügend unterrichtet, und was darüber namentlich in der französischen Presse verlautet, kann stimmen, muß es aber nicht. Wäre jedoch in einem Punkte ein Uebereinkommen erzielt worden, so hätte man ganz bestimmt das der Welt in einem Kommuniqué kund und zu wissen getan. Daß eine solche Verlautbarung ausblieb, zwingt zu der Annahme, daß eben keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. Das trifft auch mit den Gerüchten zusammen. Wenn englische Blätter gut unterrichtet sind, so hat Chamberlain von sich aus die Frage der Rheinlandräumung angeschnitten. Bedingt wird diese Initiative durch die bevorstehenden englischen Wahlen, die für die konservative Partei an sich nicht sehr erfreulich sind, rechnet man doch in London allgemein damit, daß die Partei aus ihrer Mehrheit herausgedrängt wird, ohne daß es der Arbeiterpartei gelingt, das Heft fest in die Hand zu bekommen, so daß dann die Liberalen den Ausschlag geben werden. Unter diesen Umständen hätte es Chamberlain gern gesehen, wenn er wenigstens die Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein als Aktivum hätte buchen können. Voraussetzung ist aber für ihn, daß auch die Franzosen und Belgier das deutsche Gebiet verlassen. An sich ist man dazu in Paris und Brüssel vermutlich bereit, nur hat Briand wieder seine alte Bedingung hervorgeholt, daß ein Sicherheitskommitee spätere Konflikte entscheiden soll, während Deutschland zu dieser Kontrolle nur bis 1936 seine Zustimmung geben will, ihre Verewigung aber ablehnt. Es klingt daher durchaus glaubhaft, daß Stresemann sich sehr kühl verhalten habe. Um diesen Preis darf er unter keinen Umständen die Befreiung der besetzten Gebiete einhandeln. Darin ist die Volksmeinung mit ihm einig.

Die Reparationskrise

Die Sachverständigenkonferenz ist dort angelangt, wo eine Entscheidung so oder so fallen muß. Zwei Fragen sind es, die heftige Widerstände auslösen. Die eine ist die Höhe der deutschen Jahresleistungen, die andere das sogenannte Clearinghaus. Ueber die Zahlen ist offiziell noch nichts gesagt worden, aber aus den unverbindlichen Aeußerungen geht hervor, daß vorläufig eine Einigung in weitem Felde steht. Die Forderungen der Gläubiger sind mit dem deutschen Angebot überhaupt nicht zu vereinigen. Zwischen ihnen stehen die Amerikaner mit ihren Vorschlägen. Was bisher darüber verlautet, läßt alle Hoffnungen zusammenschrumpfen. Wenn die Franzosen von 72 Milliarden reden, so ist das ernsthaft gar nicht in Erwägung zu ziehen, aber selbst die englische Zahl von 48 entfernt sich von den Realitäten des Lebens derart, daß sie überhaupt nicht erörtert werden kann. Selbst der amerikanische Vorschlag ist untragbar. Ein Dr. Vögler nahestehendes Blatt hat diesen Vorschlag auf 33 Milliarden Goldmark beziffert. Das wären bei heutiger Verzinsung und Amortisation jährlich 3 Milliarden. Das ist die eine Seite, die andere ist die sogenannte Reparationsorganisation auf bankmäßiger Grundlage. An sich ein durchaus vernünftiger Vorschlag. Nur besteht für uns die Gefahr, daß die Sachlieferung, die gleichfalls dieser Bank unterstellt werden soll, zu einem Handelsobjekt werden, daß also unsere Gläubiger ihre Ansprüche an Sachlieferungen fremden Staaten verkaufen und damit dem deutschen Export jede Exximöglichkeit nehmen. Gegen den Gedanken haben aber auch die Franzosen und Engländer Stellung genommen. Sie befürchten, daß ihre Stellung am Kapitalmarkt dadurch geschwächt wird, und daß wir überhaupt auf diesem Wege zu einer internationalen Finanzkontrolle kommen. So ist es durchaus begreiflich, daß ein ziemlicher Pessimismus herrscht. Man soll sich jedenfalls auf die Möglichkeit einer offenen Krise und einer Unterbrechung der Verhandlungen gefaßt machen. Aber selbst ein Kompromiß, wenn es wirklich zustande käme, könnte die deutsche innere Krise vollends versteifen, denn es ist heute schon klar, daß dieses Kompromiß zum Kampfobjekt der Parteien werden würde.

Die parlamentarische Lage

Es ist beinahe als ein Vorteil anzusehen, daß der Reichstag nur wenige Sitzungen abhalten kann, ehe ihn das Osterfest zu einer längeren Pause zwingt. Erledigt werden sollen nur der Nachtragsetat für 1928 und der Notetat für 1929, sowie vermutlich ein Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung die Ausgabe von 500 Millionen Mark gestattet. Während anzunehmen ist, daß die ersten beiden Vorlagen verabschiedet werden, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß das Ermächtigungsgesetz der Ablehnung verfällt. Die Entscheidung darüber hängt vom Zentrum ab, da die deutsche Volkspartei sich unbekümmert um ihre beiden Minister im Oppositionswasser tummelt. Es ist sehr wohl denkbar, daß wir verhältnismäßig früh vor einer Entscheidung stehen. Trotzdem glauben wir, daß bei der Schwerfälligkeit der Parteien eine Hinauszögerung erfolgt. Im Grunde genommen wollen alle den Ausgang der Reparationsverhandlungen, mag er sein wie er will, abwarten, weil sie schon davon eine Krise befürchten. Die Frage ist jetzt lediglich, kommen wir im Mai zu einer Auflösung, oder wird man noch einmal einen Ausweg finden, um wenigstens die Sommermonate zu retten. Viel länger hält man bestimmt nicht aus, das kann man jetzt aus allen Lagern hören. Dabei ist Voraussetzung, daß nicht außerparlamentarische Eingriffe erfolgen, von denen genugsam die Rede ist. Die einzige Sicherung gegen sie ist eben die öffentliche Erwähnung. Leicht soll man sie im Lande draußen nicht nehmen. Es ist schon etwas daran, auch hier heißt es: Bereit sein ist alles.

Die Jugendbewegung

Wir haben schon vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß unter der sogenannten Kriegsgeneration, also unter den Leuten zwischen 25 und 45 eine starke Bewegung im Gange ist, um über den Marasmus der Gegenwart hinwegzukommen und vor allem eine Verfügung in der Politik zu erzwingen. Inzwischen ist durch den Briefwechsel zwischen der Front 1929 in Berlin, zu der übrigens sehr viele Journalisten gehören und dem Jungdeutschen Orden schon der Umriß bekannt geworden. Das Programm wurde nur in kurzen Strichen angedeutet, es enthält in erster Linie eine Wahlrechtsreform mit der Rückkehr zu Einzelkreisen, wobei sehr stark an die relative Mehrheit nach englischem Muster und dem Ausgleich durch einen sehr beengten Proporz. Ferner gehört zu dem Programm eine Trennung der Politik und Wirtschaft, in dem man dem Reichswirtschaftsrat als zweiter Kammer einen großen Teil von Ausgaben überträgt, die an sich mit der Politik nicht das mindeste zu tun haben, wie etwa die Tarife der Eisenbahn und Post, ferner die erstere beiden Beratungen der Besoldungsvorlage usw., während die Entscheidung dem Reichstage verbleibt. Auch die übrigen Fragen sind bereits im wesentlichen geklärt, aber noch nicht eingehend verhandelt. Man will jetzt in erster Linie alles zusammenfassen, was in der gleichen Richtung steht, um allen Diktaturgelüsten zu begegnen und eine Wiedergeburt des Parlamentarismus zu ermöglichen. Das nisationen beigetreten, so daß sich hier schon ein erheblicher Ueberraschende ist der gewaltige Zustrom aus dem Lande. Von rechts bis links sind Vertreter aller möglichen Orga- Anhang gesammelt hat, der täglich zunimmt. Lemmer hat auf dem Vertretertage der Jungdemokraten in Weimar darüber bereits gesprochen. Auch Parteiführer verschiedener Lager haben ihre Zustimmung erklärt. Besonders bemerkenswert ist die Aufnahme in der Presse. Organe, wie die Kölnische Zeitung, das Hamburger Fremdenblatt, die Magdeburgische, die Deutsche Allgemeine Zeitung, der Berliner Börsen-Courier haben die Bewegung begrüßt, das Berliner Tageblatt und die Vossische haben sie als beachtlich bezeichnet. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, kann heute noch niemand sagen. Sie hängen zum Teil von den Vorgängen im Parlament und innerhalb der Parteien ab. Nicht richtig ist die Behauptung eines Blattes, wonach Stresemann der Drahtzieher ist. Das ist grundfalsch, wohl aber läßt sich annehmen, daß er sympathisiert, und daß er z[illegible] aus der Hal-
zung [illegible]

[illegible] r eigen ge-
wese[illegible] iffe der letzten [illegible] ohne jedoch
keine[illegible] elt sehr stark
der [illegible] ng nicht noch
im [illegible] utlich bereits
gegen[illegible] daß auch die
Opp[illegible] geduldet, ob-
wohl [illegible] Kritisch kann
jedo[illegible] n Rhein werden.
[illegible] er Kälte un-
heim[illegible] umt, daß die
Beh[illegible] en, daß hier
der [illegible] Kabinetts ist
auch [illegible] tionen. Ueber-
hau[illegible] gewiß, da im
Apr[illegible] ttfinden, von
dere[illegible] nach Frank-
reich [illegible]

[illegible] rd May.

[illegible] äte

Ueber 20 000 reichsdeutsche Studierende (14 510 männliche und 5585 weibliche) gaben im Sommer 1928 an, Studienrat werden zu wollen, darunter mehr als 12 000 (8367 männliche und 3775 weibliche) in Preußen. Jeder vierte reichsdeutsche Universitätsstudent will Studienrat werden.

Die Zahl der preußischen Philologiestudierenden, die sich den Studienrat als Berufsziel setzt (12 142) ist annähernd so groß wie die sämtlicher festangestellten Philologen und Philologinnen an den öffentlichen höheren Schulen Preußens (14 157).

Von den genannten 12 000 künftigen Studienräten standen nicht weniger als 3172 (1998 männliche und 1174 weibliche) im ersten Semester.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19290316-12/fragment/page=0005